

35/AE XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Ulrike Lunacek, Freundinnen und Freunde

betreffend Förderung fairer Handelsbeziehungen mit dem Süden

Weltweit hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Handelsbewegung entwickelt, die sich im Interesse der ProduzentInnen aus den Ländern des Südens sowie im Interesse kritischer KonsumentInnen im Norden für faire Handelsbeziehungen stark macht. Über 3000 Weltläden - Fachgeschäfte des fairen Handels - mit rund 50.000 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen leisten europaweit durch Verkauf, Information und politische Aktivitäten einen Beitrag zu einem gerechteren Welthandel. Über 800 Partnerorganisationen in Lateinamerika, Afrika und Asien sind involviert, das sind in etwa 5 Millionen Menschen in Übersee, für die sich daraus bessere Lebensperspektiven eröffnen.

Am 18. Jänner 1994 wurde im europäischen Parlament die Entschließung zur Förderung von Fairneß und Solidarität im Nord - Süd - Handel, eingebracht von den Grünen, angenommen. Die Europäische Kommission griff diesen Resolutionsantrag auf und bekannte sich zu dessen Umsetzung.

Auch in Österreich hat sich in den letzten 20 Jahren eine faire Handelsbewegung herausgebildet, die Pionierarbeit leistet beim Aufbau gerechterer Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd. Ziel ist es, Sozialverträglichkeit als Kriterium bei Kaufentscheidungen im Bewußtsein der KonsumentInnen zu verankern und damit einen Beitrag zur Durchsetzbarkeit struktureller Veränderungen in den Nord - Süd - Beziehungen zu leisten. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht

1. den gerechten und solidarischen Nord - Süd - Handel als leitendes Prinzip innerhalb der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu verankern
2. in der Gesetzgebung, im Budget und im öffentlichen Beschaffungswesen die Förderung des gerechten und solidarischen Handels angemessen zu berücksichtigen
3. sich in internationalen Gremien - insbesondere der WTO - dafür einzusetzen, daß Voraussetzungen geschaffen werden, damit sich diese Form des gerechten, sozial und ökologisch verträglichen Austausches positiv entfalten kann.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den außenpolitischer Ausschuß vorgeschlagen.